

Volks-Zeitung

hallesche Neueste Nachrichten • handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Dinstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,60 Goldmark, durch Rangbehörden ohne Belegbriefe 1,40 Goldmark, durch die Post 1,85 Goldmark u. es folgt dem Postgesetz. Ein Jahr 18 Goldmark. Der Rangbehörden: Sehen Sie vornehmlich die Ranglisten werden nach Reihen-Zellen berechnet, die Zeile 0,21 Goldmark.

Die Ranglisten, die im gleichen Wertung in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Die Ranglisten, die im gleichen Wertung in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Die Ranglisten, die im gleichen Wertung in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung.

Braun tritt zurück. Schwarz kommt an die Reihe.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichspräsident gab gestern zu Ehren des diplomatischen Korps ein Essen, an dem die Chefs sämtlicher hiesiger Missionen, der Reichsminister, der Reichsstaatssekretäre und die Mitglieder mit ihren Damen teilnahmen.

Bremen, 6. Febr. Das Schullchiff des Deutschen Schiffsvereins „Großherzogin Elisabeth“ ist am 5. Februar nachfolgend in Pernambuco angekommen und wird am 8. Februar nach der Heimat aufbrechen.

Im Garricktheater in London wurde gestern abend „All-Heilberg“ in englischer Sprache zum erstenmal seit dem Kriege gegeben. Die Aufführung fand den größten Erfolg. Die Aufführung fand den größten Erfolg.

Paris, 5. Febr. Die Strafkammer des Kassationsgerichts hat die Berufung des Generals Marquis zurückgewiesen. Der Kassationshof konnte nicht anders entscheiden, ohne das Urteil von Kille als einen Schandspruch hinzustellen und die ganze französische Welt vor aller Welt verächtlich zu machen. „Das eben ist der Ruhm der hohen Justiz, daß sie fortwährend immer Neues mit überbringt.“ Ist ist die französische Justizschande unüberwindlich festgelegt.

Im italienischen Senat erklärte der Senator Tolomei in der Debatte über die Schutzform: Deutschland wird in wenigen Jahren wieder Herr sein, und vor diesem Zeitpunkt müßte unbedingt die Bevölkerung von Südtirol italienisiert sein. Zeit befinden sich die Primarischen in Südtirol in guten italienischen Händen und die Regierung sollte nur fortfahren, an dem begonnenen Werk weiterzuarbeiten. Das nennt man in Italien und bei der ganzen Entente „vertrauensvolle Schuld der Wiedertreuen“.

Die ungarische Nationalversammlung hat gestern die Regierung angewiesen, die Aufhebung des Beschlusses der Benutzung von Gasstoffapparaten bei der Politischen Konferenz und beim Welterkunft zu erwägen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, die Regierung möge Schritte unternehmen, daß an Stelle des jetzigen Söldnerheeres die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt werden könne, da die Finanzlage die Kosten des Söldnerheeres nicht erlaube.

Die tschechoslowakische Presse erklärt, nachdem Frankreich die diplomatischen Beziehungen zum Vorkant abgebrochen habe, dürfe die Tschechoslowakei nicht zögern, diesem Beispiel zu folgen.

In der Pariser Kammer kam es zu einer lebhaften Debatte über Marotto, in der die Sorge um den Ausbruch kam, der folgende Führer der Rikschon in Wien. Ein Antrag wurde angenommen, die französische Kommission hätten Adolff-Kerim zur Bereinigung des Riks begünstigt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Franzosen ebenfalls bekräftigt würden.

In London wurde gestern die hundertjährige Wiederkehr der Unterzeichnung des ersten englisch-argentinischen Freundschaftsvertrages festlich begangen. Der englische Außenminister Chamberlain und der argentinische Botschafter betonten die heilige Freundschaft beider Länder, die durch den bevorstehenden Besuch des englischen Kronprinzen in Argentinien erneut bekräftigt werden sollen.

In Athen dauert die Erregung wegen Ausweisung des griechischen Botschafters aus Konstantinopel an. Ein außerordentlich kriegerisches Manifest, das insbesondere von den reifsten griechischen Kaufleuten unterzeichnet wurde, erklärt, daß die notwendigen Summen vorgehalten werden sollen, um ein Heerlager zu bilden. Obwohl man im allgemeinen nicht an einen Kriegsausbruch glaubt, so wird doch zugegeben, daß die Ereignisse durch einen unerwarteten Zwischenfall eine gefährliche Wendung nehmen könnten.

Bei einem Konflikt zwischen England und Japan in Ostasien zu entscheiden, Frankreich und Italien zu Tüfeln zeigen.

Sonowiew wies in einer Rede in Petersburg darauf hin, daß anstehend ein neuer antilöwenwärtiger Feldzug von Europa-Amerika geplant sei. Einem Antrag hat ganz recht: nur dürfte der Krieg nicht mit Truppen, sondern mit Dollars geführt werden, und die Warnung dient wohl mehr dazu, kriegerische Pläne der Sowjetrussen (gegen Rumänien?) zu verfrachten.

Die Rücktrittserklärung Brauns.

Berlin, 5. Februar 1925.
Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Ministerpräsident Braun hat heute nachmittags 1/2 Uhr dem Reichspräsidenten des Preussischen Landtags folgendes Schreiben zugehen lassen:
Auf Ihre Mitteilung vom 30. vorigen Monats zu meiner Abwahl zum Ministerpräsidenten teile ich Ihnen mit, daß ich die Wahl nicht annehme.

Stimmungsbild aus dem Landtag.

Kommunistischer Stand und anderes.
Die heutige Sitzung des Preussischen Landtags stand im Zeichen dreier Ereignisse. Unter anderem wurde die Sitzung des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

als Redner auf, um Erwählung begehrend einzulegen, daß, wie man aus dem Bericht des Reichstages sehen konnte, die Wahl des Landespräsidenten verfehlt werden solle. Geschlechtspräsidenten sei die Wahlzeit des sozialdemokratischen Landespräsidenten Brauns vorzuziehen und man müßte sofort die Neuwahl vorsehen. Der Umstand, daß die Partei des Landespräsidenten Brauns, in dem dieser mitteilt, daß er seine Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten nicht annehmen könne. Dann trat der nationalsozialistische Abg. Dr. Körner

Nach Wiedereröffnung drückte Präsident Partels bei Fortsetzung der kommunistischen Verhandlungen mit Anwendung überfrüher geschäftsordnungsrichter Mittel. Der Führer der kommunistischen Fraktion, Abg. Wed, rief dem Abg. Kuttner nochmals „Arbeitermörder“ zu und verließ mit einem Fraktionsgenossen während der Rede Kuttners unter Protest den Saal. Die Anwesenheit wurde an den Rechtsausschuß zurückverwiesen.

Bei der Fortsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung kommt es nochmals zu Kundgebungen, als die Kommunisten zwei ihrer Anträge auf die Tagesordnung gestellt haben wollen, von denen der eine die Vertrauensentziehung der preussischen Staatsregierung für den Reichspräsidenten aus Anlaß des Magdeburger Urteils mitteilt und der andere eine Solange Landtagsauflösung und Neuwahlen wünscht. Die Anträge wurden vom Saal nicht auf die Tagesordnung gestellt.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Reichspräsident noch das Verlangen, die Verhandlungen (Dank) abzubrechen. Die nächste Sitzung findet Freitag nachmittags 1 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen keine weitere Vorlagen.

Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten am 10. Febr. des Reichstages am Dienstag, den 10. Febr., vorgenommen werden.

Ein Zentrumspolitiker in Sicht.

Nach Schluß der Plenarsitzung des Reichstages traten gestern die Fraktionsführer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen, in der laut „Volks-Zeitung“ die durch den Reichspräsidenten Brauns von der Ministerpräsidenten (Dank) abgelehnte Lage erörtert wurde.

Das Zentrum habe sich erhoben, eines ihrer Parteigenossen als Kandidaten für die am Dienstag stattfindenden Präsidentschaftswahlen zu stellen.

Am Sonnabend sollen die genannten Parteien zu einer neuerlichen interfraktionellen Besprechung zusammenkommen. In dieser Besprechung werde das Zentrum seinen Kandidaten präsentieren und die Parteien der Weimarer Koalition sofort dazu Stellung nehmen können. Die Namen des Zentrumskandidaten steht noch nicht fest.

Vor endgültiger Regelung der Aufwertungsfrage!

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner Sitzung am Donnerstag mit Aufwertungsfragen. Zur Beratung stand ein von den Parteien der Rechten eingebrachter Gesetzentwurf, der die Entscheidung in Aufwertungsstreitigkeiten auslegen lassen will bis zur endgültigen Regelung der Aufwertungsfrage. Diese Regelung wird nach einer Erklärung der Regierung, die Reichsjustizminister Freiten in der gestrigen Plenarsitzung wiederholte, in kurzer Zeit erarbeitet.

Binnen drei Wochen will die Regierung das neue Aufwertungsrecht den geltenden Körperschaften zuleiten.

Ein Stimmungsbild.

Unser Berliner Vertreter schreibt zur gestrigen Reichstagsitzung:
Es scheint ein unerhöfliches Füllhorn zu sein, aus dem jetzt die Enttählungen kommen. Kein Tag vergeht, ohne daß neue Zeugnisse dafür erbracht werden, daß die Sozialdemokratie mit den Barnats und den übrigen einseitigen Sache gemacht hat. Nach gegenwärtig befristet die sozialdemokratische ehemalige Reichsminister Bauer, von den Barnats jemals Best bekommen zu haben, und schon heute werden die altenmäßigen Belege für die Zuwendungen veröffentlicht. Die größte Enttählung steht uns wohl aber erst bevor, die nämlich, daß die Sozialdemokratie planmäßig das ihrige für die Entwertung der deutschen Papiermark getan hat, um so den deutschen Volk zu enteignen. Ein großer Teil dieser Sozialisierung, zugunsten der Inflationsgewinnung natürlich, ist gelungen, unser Volk ist ausgeplündert bis auf den Grund.

Nun dreht die Sozialdemokraten, für die heute zu einem Antrag der Regierungspartei über Aufwertungsstreitigkeiten gleich zwei

Redner sprachen, Keil und Strobel, den Bereich und behaupten — die Rechte sei daran schuldig, daß die Ausgeplünderten noch nicht entschädigt würden. Am unverfrorensten ist Strobel, der „berühmte“ Parlamentarier, der einmal von Volz bei dem Saal des Abgeordnetenbaus gebracht werden mußte, wobei ihm bei seinem Widerstande die Hosenknöpfe abprangen, als man ihn schließlich über die Bank zog. Er verlangt allen Ernstes — und in demselben brüllendem Tone, daß ihm ironisch „Lauter! Lauter!“ zugerufen wird — die Aufwertungsstellen müßten von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei getragen werden.

Gut und humorvoll antwortet der Linken der Deutschnationale Steinger. Unter stürmischen Gelächter geradezu begraben wird der Demokrat V. Risthofen, als er behauptet, während der Wahl habe die Rechte allerhand versprochen, während die Demokraten sich jedes Versprechens vornehm enthalten hätten. Man hört auch noch ein paar empfindliche Worte des alten Herrn Freiten, des jetzigen Reichsjustizministers, und nimmt dann mit der starken Mehrheit ein, und zwar 144 Stimmen den Antrag an, monach Rechtsstreitigkeiten in Aufwertungsfragen einzuweisen auf Antrag der Gläubiger ausgelegt werden müssen.

Ein interessante Denkschrift über die Aufwertung.

Der Aufwertungs-ausschuß des Reichstages hat gestern u. a. beschlossen, die im Reichsfinanzministerium verfaßte Denkschrift über die Aufwertung, die bisher als vertraulich bezeichnet war, freizugeben.
Die Denkschrift behandelt im ersten Abschnitt die Umstellung des Geldwesens beim

Beginn des Weltkrieges, im zweiten den Währungszerfall, im dritten wird die Behandlung der Aufwertungsfrage durch die dritte Steuernotverordnung dargelegt. Der vierte Abschnitt enthält die Aenderungsverschlüsse zur dritten Steuernotverordnung. In einem Anhang wird das Aufwertungsproblem in seiner geschichtlichen Entwicklung bis zum Weltkriege behandelt. So wird die Aufwertungsfrage im Altertum und Mittelalter dargelegt. Besonders wird weiter ein Aufwertungsaktur Friedrichs des Großen vom 12. Jan. 1792. Auch die Stellungnahme Emanuel Stants zur Aufwertungsfrage wird benannt. Weitere Abschnitte behandeln die französischen Assignaten und Territorialmandate, ferner die preussischen Treloirscheine, die österreichischen Bantozettel und die nordamerikanischen Greenbacks. In einem zweiten Anhang wird die Entwertung der Aufwertungsfrage im Saargebiet, in Danzig, in Frankreich, Rußland, Polen, Oesterreich und England geschildert.

Die Denkschrift kommt zu dem Schluß: Ein Schuldner, der finanziell zusammengebrochen ist, föhne eine Grundlage für eine neue wirtschaftliche Betätigung nur dadurch gewinnen, daß er mit keinen an Gläubigern zu einem Vergleich (Zwangvergleich) gelange. Gelingen ihm dies nicht, so müßte er darauf rechnen, daß jederzeit, sobald er sich wirtschaftlich zu erholen beginne, der Gerichtsvollzieher bei ihm erscheine und ihm die Beschlagnahme der alten Gläubiger präsentiere. Nicht anders sei es mit der Staats- und Volkswirtschaft. Sie müssen endgültig wissen, welche Belastung die alten Papiermarkschulden darstellen. Hier föhne es nur ein Ziel geben: Rechtsgewißheit auf dem Boden eines der Billigkeit entsprechenden endgültigen Ausgleichs. Es handle sich nunmehr darum, den Schlußfrucht unter die Währungsstatistik zu ziehen. Damit sei die Gesetzgebung vor eine große und verantwortungsvolle Entscheidung gestellt. Daß diese Entscheidung nicht in der Hand gelasse, davon hängt nicht weniger als die ganze Zukunft des deutschen Volkes ab.

Wohnungsfragen.

Der Reichstagsausschuß für Wohnungsfragen trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen und legte seinen Arbeitsplan fest. Für die Fragen des Bauwesens und der Bodenreform wurde ein elfgliedriger Ausschuss vorgeschlagen. Das Reichstagspräsidium soll gebeten werden, sämtliche die Wohnungsfrage betreffende Vorlagen und Anträge möglichst bald auf die Tagesordnung des Plenums zu legen. Inzwischen soll den Spitzenorganisationen sowohl der Mieter wie der Hausbesitzer die Möglichkeit gegeben werden, persönlich vor dem Ausschuss ihre Ansichten über die löswenden Probleme zu entwickeln.

Kulturgefesse.

Im Bildungsausschuß des Reichstages gab Staatssekretär Schulz folgende Erklärung ab:

1. Ein Gesetzentwurf zur Befämpfung der Schund- und Schundliteratur liegt dem Reichstag vor. Die Verabschiedung im Reichstag ist in nächster Zeit zu erwarten. 2. Eine neuerliche Abänderung des Urkopplengesetzes liegt als Referentenentwurf vor. Der Entwurf wird baldigt dem Reichstag zugehen. 3. Ein Gesetzentwurf zum Schutz der Jugend bei Kulturarbeiten liegt dem Reichstagspräsidium vor. 4. Das Reichstagspräsidium ist im Referentenentwurf in weitausgehender Weise. Bevor es abgeschlossen wird, sollen noch Beratungen mit Vertretern der interessierten Kreise stattfinden. Die Förderung der Gemeinnützigkeit im Theaterwesen wird einen Gesetzentwurf antreiben.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat im Reichstagen Landtag eine Interpellation eingebracht, die vom Ministerium in Betracht der Gefahr für die deutsche Jugend die entscheidende Befämpfung der Schund- und Schundliteratur verlangt wird, insbesondere durch Schaffung einer Kontrolle des Strahlen durch Kulturbüro.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählte gestern durch Zufall einstimmig den Vorstand wieder und erweiterte ihn durch Zufall von vier Mitgliedern.

